

PETER MÜLLER

Ministerpräsident Peter Müller erläutert die Innovationen des Saarlands

INTERVIEW VON FELIX KNÜPLING



Die Bundesrepublik Deutschland, der größte Bundesstaat in der Europäischen Union, wurde 1949 gegründet. Der Föderalismus hat in Deutschland lange Tradition, die ins Deutsche Kaiserreich (1871 bis 1919) und in die Weimarer Republik (1919 bis 1933) zurückreicht. Die 16 Bundesländer Deutschlands wirken durch den Bundesrat bei der Gesetzgebung des Bundes mit.

Jede Landesregierung hat aufgrund ihrer Einwohnerzahl Anspruch auf eine bestimmte Anzahl Sitze im Bundesrat. „Föderalismus“ hat für diese Ausgabe Peter Müller, den Ministerpräsidenten des Saarlandes, interviewt. Zur Sprache kamen unter anderem Themen wie Innovation, Autonomie und Vielfalt in Deutschlands 16 Bundesländern.

Bevor Peter Müller 1999 Ministerpräsident des Saarlandes wurde, war er seit 1990 Mitglied des saarländischen Landtages. Von 1994 bis 1999 war er Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion sowie Führer der Opposition. Peter Müller wurde am 1. November 2008 zum Präsidenten des Bundesrates gewählt.

Das Interview mit Ministerpräsident Peter Müller führte Felix Knüpling, Direktor der Europa-Programme des Forums.

FÖDERALISMUS: Was bedeutet Föderalismus für Sie?

MÜLLER: Föderalismus ist Ausdruck der regionalen Eigenständigkeit und kulturellen Vielfalt eines Staates; er ist ein Bollwerk gegen innovationsfeindlichen Zentralismus und kontraproduktiver Machtkonzentration und somit ein wichtiges Element lebendiger Demokratie. In einem föderalen Land kann besser auf die spezifische Situation einer Region und die Bedürfnisse der dortigen Bevölkerung eingegangen werden. Zudem ist der Föderalismus ein institutionalisierter Innovationstreiber, denn er befördert den kreativen Wettbewerb unterschiedlicher Politikmodelle. Damit dieser Wettbewerb aber nicht zu Lasten der Lebensverhältnisse und Zukunftschancen einzelner Regionen geht, bedarf es fairer Spielregeln und vergleichbarer Startchancen. Dies ist gegenwärtig in Deutschland – vor allem wegen der jetzigen Struktur des Länderfinanzausgleichs – leider nicht der Fall.

FÖDERALISMUS: Was wird im Saarland anders oder besser gemacht als bspw. im benachbarten Rheinland-Pfalz?

MÜLLER: Das Saarland nutzt konsequent seine eigenverantwortlichen Gestaltungsspielräume. Wenn es Handlungsbedarf gibt, wartet es nicht darauf, dass andere Länder etwas tun, sondern fängt selber schon mal an – etwa bei der frühkindlichen Bildung oder dem wirksameren Schutz gegenüber Missbrauch und Vernachlässigung von Kleinkindern. Das Saarland nimmt seine Vorreiterrolle auch dann wahr, wenn die Zustimmung anderer Bundesländer anfangs nicht gegeben ist. Als beispielsweise das Saarland das dritte Kindergartenjahr als erstes Bundesland beitragsfrei gestellt hat, kritisierte Rheinland-Pfalz diese Entscheidung zuerst heftig – und führte diese Maßnahme dann später ebenfalls ein.

FÖDERALISMUS: In einer jüngsten Umfrage haben sich ein Viertel aller Deutschen für die Abschaffung der Bundesländer ausgesprochen...

MÜLLER: Mich bestätigt diese Umfrage in der Auffassung, dass wir wichtige Grundpfeiler unserer demokratischen

Grundordnung nicht als selbstverständlich ansehen sollten, sondern jeden Tag aufs Neue für deren Akzeptanz werben müssen. Ich bin überzeugt: Wenn alle Menschen merken, dass die Alternative zum Föderalismus – nämlich der zentralistische Einheitsstaat – nur zu Innovationsfeindlichkeit, weniger Bürgernähe und ungleicheren Lebensverhältnissen führt, wird sich auch die Minderheit der Befragten der Mehrheitsmeinung anschließen.

FÖDERALISMUS: Eine Mehrheit der Saarländer kann sich eine Länderfusion mit Rheinland-Pfalz vorstellen.

MÜLLER: Nach unzähligen persönlichen Gesprächen und in Kenntnis anderer Umfragen erscheint es mir höchst zweifelhaft, dass eine Mehrheit der Saarländer wirklich eine Fusion mit Rheinland-Pfalz möchte. Unabhängig von schwierigen „technischen Dingen“ wie die Frage nach der neuen Landeshauptstadt würde eine Fusion nämlich kein Problem – wie etwa die Haushaltsnotlage – lösen, sondern nur zu neuen Problemen z.B. in der regionalen Wirtschafts- und Standortpolitik führen.

FÖDERALISMUS: Viele Ihrer Parteifreunde in der CDU sprechen oft von der Notwendigkeit der Stärkung des Wettbewerbsgedankens im stark auf Solidarität und Ausgleich beruhenden deutschen Föderalismus. Was ist Ihre Position?

MÜLLER: Der Wettbewerbsgedanke ist ein ganz wesentliches Element auch des deutschen Föderalismus. Allerdings sind für die Entfaltung eines konstruktiven Wettbewerbs geeignete Rahmenbedingungen erforderlich, die allen Ländern die gleichen Startchancen bieten. In der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist es daher aus meiner Sicht unbedingt erforderlich, eine ganzheitliche Lösung zu erreichen: Eine Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Ländern ist nicht ohne eine Stärkung der aufgabengerechten Finanzausstattung der Länder möglich. Alle Länder brauchen die Perspektive ausgeglichener Haushalte. Dabei müssen unterschiedliche Vorbelastungen berücksichtigt werden. Nur dann ist Wettbewerb möglich.

FÖDERALISMUS: Das Saarland klagt vor dem Bundesverfassungsgericht wegen seiner Haushaltsnotlage auf weitere Unterstützung des Bundes. Der Bund und andere Bundesländer glauben, dass das Saarland aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt erreichen kann. Welche Konsolidierungsanstrengungen werden Sie für die Zukunft einführen?

MÜLLER: In der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist vor wenigen Wochen im Rahmen einer Haushaltsanalyse der Länder Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein objektiv bestätigt worden, dass das Saarland mit die geringsten gestaltbaren Ausgaben aller Bundesländer aufweist. Wir haben uns bereits bisher auf der Ausgabenseite äußerst restriktiv verhalten und werden auch in Zukunft von strukturellen Sparmaßnahmen profitieren, die wir vor Jahren bereits eingeleitet haben. Das Volumen und die Steigerungsraten liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Wir haben bereits consequente Einsparungen umgesetzt. Darüber hinaus sehe ich keine weiteren nennenswerten Sparpotentiale. Die Forderung einiger Kommissionsmitglieder nach zusätzlichen und gravierenden Einsparungen, um auch ohne Konsolidierungshilfen einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, hätte zur Konsequenz, dass die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik nicht mehr gewahrt wäre und die Standortqualität des Landes eklatant leiden würde.

FÖDERALISMUS: Was erwarten Sie sich insgesamt von der Arbeit dieser Kommission, in der Sie Mitglied sind?

MÜLLER: Wir haben ein klar definiertes Ziel: Den Marsch in den Schuldenstaat zu stoppen, den Deutschland seit der großen Finanzreform Ende der 60er Jahre beschritten hat. Dazu muss die Neuverschuldung auf einen Wert nahe Null zurückgefahren werden. Wenn es gelingt, das festzuschreiben und tatsächlich auch auf Dauer durchzuhalten, haben wir einen ersten Erfolg erzielt. Verschiedene Länder sind derzeit aber aufgrund von Strukturunterschieden weder in der Lage, die geltenden Regelgrenzen für die Kreditaufnahme einzuhalten noch wären sie zukünftig in der Lage, deutlich engere Kreditgrenzen zu beachten.

Die von den Kommissionsvorsitzenden vorgeschlagenen Konsolidierungshilfen stellen hier einen ersten Schritt dar, der es in Ergänzung mit anderen Instrumenten allen Ländern ermöglichen würde, strengere Neuverschuldungsregelungen zustimmen zu können. Im zweiten Schritt muss nach dem Erreichen strukturell ausgeglichener Haushalte mit dem Schuldenabbau begonnen werden.

FÖDERALISMUS: Kann die Kommission aus Ihrer Sicht zu einem langfristig tragfähigen Ergebnis kommen, wenn politisch heikle Fragen, wie der Länderfinanzausgleich oder die Frage der Länderneugliederung, ausgeklammert werden?

MÜLLER: Ja. Wir dürfen die Ansprüche an die Kommission nicht zu hoch schrauben. Wir befanden uns vor wenigen Jahren in der größten öffentlichen Finanzkrise in der Geschichte der Bundesrepublik. Deutschland verstieß Jahr für Jahr gegen die Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. Wenn es uns nun gelingt, eine strikte Neuverschuldungsregelung in Verbindung mit Konsolidierungshilfen zu vereinbaren, wäre dies ein beachtliches Ergebnis und die Voraussetzung dafür, dass man sich in wenigen Jahren im Rahmen einer Föderalismusreform III über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und das Ziel eines weiteren gemeinsamen Altschuldenabbaus unterhalten kann.

FÖDERALISMUS: Bedrohen die Forderungen nach Steuererleichterungen, die gerade auch aus Ihrer Partei kommen, die Erfolgchancen der Kommission?

MÜLLER: Unser vorrangiges Ziel ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auch mit Blick auf unsere Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen. Der Bundeshaushalt wird frühestens 2011 ohne neue Schulden auskommen, deshalb können weitgehende Steuerentlastungen nicht mehr in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Ich halte es daher schlicht für unseriös, den Menschen bereits für Anfang des nächsten Jahres erhebliche Steuerentlastungen zu versprechen. Entlastungen sind notwendig, aber in einem schrittweise, zeitlich gestreckten Prozess, der die Priorität der Haushaltssanierung nicht infrage stellt. Ich bin zuversichtlich, dass die Kommission in ihrer abschließenden Klausurtagung Mitte Oktober ein überzeugendes Gesamtpaket beschließen wird, das uns auf einen nachhaltigen Weg aus dem Schuldenstaat führen wird.

FÖDERALISMUS: Kantone in der Schweiz oder Provinzen in Kanada haben sehr viel mehr Kompetenzen bei Fragen der Steuereinnahmen als die deutschen Bundesländer. Würden Sie sich hier mehr Eigenverantwortung wünschen?

MÜLLER: Eine größere Steuerautonomie ist grundsätzlich von zwei Seiten zu betrachten. Einerseits bietet sie den Ländern die Möglichkeit, auf der Einnahmenseite die neue Schuldengrenze handhabbarer zu machen und zusätzliche Handlungsspielräume zu gewinnen. Andererseits besteht immer die Gefahr

eines implizierten Abwärts-Wettlaufs mit langfristig negativen Folgen für alle Länder. Eine größere Steuerautonomie wäre daher nur vertretbar auf der Grundlage gleicher Ausgangsbedingungen zwischen den Ländern und auch dann nur in einer sehr eingeschränkten Bandbreite, um ein unvertretbares Auseinanderdriften von Steuersätzen mit entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Folgen zu verhindern.

FÖDERALISMUS: Die Bundesländer sind in Entscheidungen auf europäischer Ebene eingebunden. Bei Themen, die direkt ihre Kompetenz berühren, wie z.B. Bildung und Kultur, sitzen sie in Brüssel direkt am Verhandlungstisch. Welche Bedeutung hat die europäische Entwicklung für den Föderalismus in Deutschland?

MÜLLER: Wenn die durch das Grundgesetz und die durch europäische Bestimmungen geschützten Beteiligungsrechte der Bundesländer an der Europapolitik konsequent beachtet werden, geht die europäische Integration nicht zu Lasten der Bundesländer. In dem Zusammenhang ist es wichtig, dass der Vertrag von Lissabon trotz des ablehnenden Votums Irlands umgesetzt wird, denn er stärkt das Subsidiaritätsprinzip. Ich glaube zudem, dass Europa den Föderalismus in Deutschland fördert, weil die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesländern erleichtert wird. Die europäische Entwicklung bietet somit vielfältige Chancen, das eigene regionale Potential besser auszuschöpfen. Wir müssen diese Chancen konsequent wahrnehmen.

FÖDERALISMUS: Welches sind die großen Fragen, die in Bezug auf den Föderalismus in Deutschland in den nächsten 10 bis 20 Jahren beantwortet werden müssen?

MÜLLER: Generationengerechtigkeit ist für mich das Thema, das in den nächsten Jahre auch die Debatten über die Zukunft des deutschen Föderalismus bestimmen wird. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Zukunftschancen der kommenden Generationen nicht dadurch beeinträchtigen, dass wir ihnen hohe Schulden und eine veraltete Infrastruktur hinterlassen. Es wird darauf ankommen, gleichzeitig unsere Haushalte zu konsolidieren ohne dabei wichtige Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen.

Da die wichtigsten Zukunftsinvestitionen – etwa im Bereich von Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege oder Verkehrsinfrastruktur – maßgeblich Ländersache sind, wird die Generationengerechtigkeit auf Ebene der Länder noch relevanter sein als auf Bundesebene. Wir müssen bereit sein, uns dieser Herausforderung anzunehmen. 